



Regierungsratsbeschluss vom 10. März 2026

Schriftliche Anfrage Anouk Feurer betreffend Online-Hass, junge Frauen und Politik

P255578

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat teilt die Ansicht, dass Hasskommentare sowie digitale Gewalt im Allgemeinen ein verbreitetes gesellschaftliches Problem darstellen. Unter digitaler Gewalt fallen neben so genannter Hate Speech auch Phänomene wie Online Harassment, Stalking, Mobbing, Grooming, Sextortion, Doxing und Cyberflashing. Davon betroffen sind auch in der Öffentlichkeit exponierte Personen wie Politikerinnen und Politiker sowie politisch aktive Personen. Die Sicherheit dieser Personen wird durch die Kantonspolizei gewährleistet. Gleichzeitig stehen strafrechtliche Instrumente zur Ahndung und staatliche Unterstützungsstrukturen zur Verfügung.

